

## Soziale Demokratie als Ziel und Problem praktischer Politik

### I

Kritisches Bewußtsein und skeptische Wachsamkeit der Bürger gegenüber der politischen Führung sind Voraussetzungen, ohne die eine demokratische Lebensordnung nicht „funktionieren“ kann. Wenn diese Kombination von Gefühlen und Meinungen aber gewisse Grenzen überschreitet und in eine allgemeine Parteien- oder sogar Staatsverdrossenheit umschlägt, dann ist Gefahr im Verzuge. In der Bundesrepublik sind wir zur Zeit mit einer solchen — und zwar schon ziemlich weitgediehenen — Entwicklung konfrontiert. Daraus muß natürlich zunächst die politische Führung Konsequenzen ziehen, indem sie kritisch Bilanz über Inhalt, Erfolge und Fehlschläge ihrer bisherigen Politik macht. Über diese unbestreitbare Notwendigkeit ist in den letzten Monaten viel geschrieben und debattiert worden. Wer eine Versachlichung der politischen Auseinandersetzungen anstrebt, kann aber nicht nur Forderungen an eine Seite stellen. Konkret meine ich damit, daß die Kritiker der politischen Führung in größerem Maße als bisher bereit sein müssen, sich in die Lage der Kritisierten zu versetzen. Dazu ist politisches Sachwissen notwendig. Man muß vor allem etwas vom sog. *Handwerk der Politik* verstehen. An diesen Kenntnissen mangelt es gerade auch vielen politisch engagierten Jugendlichen. Zur Qualifizierung ihrer an sich ja berechtigten Kritik müssen sie daran gehen, diese Wissenslücken aufzufüllen. Dabei können zwei Bücher eine ausgezeichnete Hilfe darstellen, die jetzt kurz hintereinander erschienen sind: die von *Wolfgang Gaebler* zusammengestellte Auswahl aus *Fritz Erlers* politischem Nachlaß „Politik für Deutschland“<sup>1)</sup> und das Erstlingswerk des 42jährigen SPD-Bundestagsabgeordneten *Erhard Eppler* mit dem Titel „Spannungsfelder“<sup>2)</sup>. In beiden Fällen handelt es sich um Sammlungen von Reden, Aufsätzen, Vorträgen und Interviews.

### II

Unbestreitbar steht fest, daß heute alle politischen Gremien — insbesondere die Parlamente — auf Fachleute nicht verzichten können. Diese Notwendigkeit birgt aber zugleich eine große Gefahr für unsere demokratische Ordnung in sich. Fachleute tendieren natürlicherweise stark dazu, nur in den Größenordnungen ihres Ressorts zu denken. Das kann in der Praxis dazu führen, daß sie in der jeweiligen Sache durchaus logische und richtige, für unsere Demokratie insgesamt aber letztlich falsche Entscheidungen treffen. Um

1) Fritz Erler, Politik für Deutschland. Seewald-Verlag, Stuttgart 1968. 647 S., 28,- DM.

2) Erhard Eppler, Spannungsfelder, Seewald Verlag, Stuttgart 1968. 284 S., Paperbatfe, 22,- DM.

diesen Gefahren zu begegnen, brauchen wir möglichst viele Politiker und Parlamentarier, die in größeren gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen denken können und auch ihre alltäglichen politischen Entscheidungen aus dieser Perspektive treffen. Diesen Politiker-Typ verkörpern Erler und Eppler.

Fritz Erler war ein überzeugter Anhänger der parlamentarischen Demokratie. Und so enthalten fast alle seine Reden und Artikel, auch solche zu sehr speziellen Fragen, einen kleinen Exkurs über die Voraussetzungen für dieses politische System. Große Sorgen machte er sich über die mangelnde Bereitschaft der meisten Bürger zum politischen Engagement.

„Ohne Demokraten gibt es keine Demokratie!... Wieviel Machtmißbrauch ist gerade in unserem Lande allein dadurch ermöglicht worden, daß der Bürger die ihm gegebenen Rechte nicht genutzt hat.... Aber die Arbeit der Gesetzgebung, die Arbeit der Führung, auch der inneren Führung, wird völlig lahmgelegt, wenn die Deutschen nicht endlich begreifen, daß zur Demokratie auch die Überwindung der freiwilligen Knechtseligkeit gehört.“

### III

In beiden Publikationen spielt die Auseinandersetzung mit unserer jüngeren Vergangenheit und den heutigen neuen *Gefahren von rechts* eine wichtige Rolle. Dazu gehören auch die von beiden Autoren gründlich durchdachten Vorstellungen über die Funktion von Vorurteilen. Im Zusammenhang mit den alten und den neuen Rechtsradikalen führt Eppler dazu u. a. aus:

„Die NS-Ideologie war zu keiner Zeit mehr als ein Bündel von Strömungen und Ressentiments, die es, übrigens nicht nur in Deutschland, lange vor Hitler gab und die mit Hitler keineswegs gestorben sind: Antiliberalismus, Antiparlamentarismus, Antisozialismus, Antimarxismus, Antiklerikalismus, Antisemitismus, ja sogar ein kleinbürgerlicher Antikapitalismus, dazu ein guter Schuß Chauvinismus und als Krönung eine am Tierreich orientierte Rassentheorie. Das alles war nicht neu.... Neu am Nazismus waren weder Gedanken noch Ressentiments, neu war die ebenso unlogische wie wirksame Bündelung teilweise heterogener Strömungen. Neu am Rutenbündel waren nicht die Ruten, neu war lediglich die Schnur um die Ruten.“

Eppler ist der Auffassung, daß die Kapitulation 1945 nur die Schnur um **das** Bündel wieder zerriß. Die Ruten fielen auseinander und führten nun wieder ihr unauffälliges Eigendasein. Die Ressentiments selbst verschwanden durchaus nicht. Die **NPD** wendet heute mit Erfolg die alte Methode der Nazis wieder an. „Sie sammelt die in der politischen Landschaft wirr herumliegenden Ressentiments; fleißig, ohne eine Rute zu vergessen, schnürt sie ihr neues Bündel. Es ist anders als das NS-Bündel, zeitgemäßer und daher — heute — gefährlicher.“ Dieser — auch von der Form der Darstellung her — guten Analyse kann man ohne Vorbehalte zustimmen. Leider machen Erler und Eppler keine konkreten und von uns zu diskutierenden Vorschläge, mit welchen Mitteln und Methoden die Rechtsradikalen und die NPD wirksam bekämpft werden sollten. Das deutet auf eine gewisse Hilflosigkeit der politischen Führung gegenüber dieser großen Gefahr für unsere junge Demokratie hin. Dabei dürfen wir allerdings nicht übersehen, daß auch die Gewerkschaften noch kein überzeugendes Gesamtkonzept für diesen Kampf entwickelt haben. Wir haben unsere Abwehrkräfte und Möglichkeiten noch nicht „gebündelt“.

### IV

Welche Aufgaben haben die *politischen Parteien* und insbesondere die SPD in der Bundesrepublik? Stellungnahmen zu diesen Fragen bilden einen weiteren Schwerpunkt in den vorliegenden Publikationen. Erler unterstreicht immer wieder, daß Parteien und

Koalitionen nicht mit dem Staat identisch sind. Parteien sind immer nur Teile. Sie müssen deshalb andere Teile anerkennen und sich außerdem in den eigenen Reihen um einen Ausgleich verschiedener Interessen und Strömungen bemühen. Erler warnt: „Wenn eine Partei auch nur geistig anfängt, sich für das Ganze zu halten, hat sie bereits den ersten Schritt von der Demokratie weg in Richtung auf den Totalitarismus getan.“ Diese Geisteshaltung ist bei nicht wenigen führenden CDU/CSU-Politikern vorhanden. Man denke an die vielen Reden, in denen sie — zumindest auf Bundesebene — einen „natürlichen“ Führungsanspruch für ihre Partei anmelden. Daran hat auch die Bildung der „Großen Koalition“ im Prinzip nichts geändert. Sie wird als eigentlich unverdienter „Betriebsunfall“ gewertet. Die CDU/CSU forciert wohl auch aus diesem Gesichtswinkel die Wahlrechtschskussion. Ein neues Wahlrecht soll „Betriebsunfälle“ dieser Art in Zukunft verhindern und die Führungsrolle der eigenen Partei verewigen.

Die SPD stand auf Bundesebene jahrelang in der Opposition. Bedeutung und Funktion der *Opposition* in der parlamentarischen Demokratie ist deshalb ein Thema, das *Fritz Erler* immer wieder beschäftigt hat. Für ihn gibt es einen inneren Zusammenhang und ein unlösbares Aufeinanderangewiesensein zwischen den für die Demokratie gleichbedeutenden Institutionen Regierung und Opposition:

„So mancher hält eine Opposition für nötig, meint aber, sie müsse ewig Opposition bleiben. Die Regierung wird nur dann vor allzu großen Fehlern bewahrt, wenn sie Furcht haben muß, abgelöst zu werden. Und die Opposition kann dann nicht schrankenloser Demagogie verfallen, wenn sie riskieren muß, als Regierung beim Wort genommen zu werden.“

Einen Machtwechsel dieser Bedeutung haben wir auf Bundesebene in der Bundesrepublik noch nicht erlebt. Politische Vorstellungen können von den einzelnen Parteien größtenteils nur dann realisiert werden, wenn sie über eine entsprechende Machtbasis verfügen. Deshalb ist es nicht nur legal, sondern notwendig, daß die Parteien danach streben. Wer aber, wie es *Fritz Erler* immer wieder getan hat, Regierung und Opposition gleichwertig nebeneinanderstellt, wird nicht Teilhabe an der Macht um fast jeden Preis anstreben. Diese Geisteshaltung treffen wir auf dem rechten Flügel der SPD heute nicht gerade selten an. Die Oppositionsaufgabe im Vergleich zur Regierungsverantwortung nicht gleichgewichtig, sondern sekundär zu werten, ist aber letztlich ein Rudiment obrigkeitsstaatlichen Denkens.

Die Reden und Aufsätze von *Eppler* enthalten eine Reihe diskussionswerter Denkansätze über die Fortentwicklung und die künftigen Aufgaben der SPD. Dabei plädierte er bereits im Jahre 1963 für eine *Volkspartei der Linken*. Auch eine progressive Partei dieses Typs muß natürlich um demokratisch legitimierte Macht und damit um Wählerstimmen ringen. Daraus ergibt sich ein Dilemma, das der Autor deutlich sieht:

„Um die Macht zu erringen, die sie braucht, muß sie dem Bestehenden Tribut zahlen. Aber sie darf sich ihm nicht so weit verpflichten, daß die so erworbene Macht schließlich zur leeren Hülse wird, weil damit nichts Neues mehr realisiert werden kann. Eine progressive Partei steht immer in der Gefahr, sich entweder unmöglich oder unnötig zu machen.“

Die SPD ist in den letzten Jahren bei ihrem Anpassungsprozeß an den (so konkret gar nicht feststellbaren) Wählerwillen und an die Politik der CDU/CSU besonders oft mit den hier aufgezeigten Gefahren konfrontiert worden und ist längst nicht immer damit fertig geworden.

## V

Im Hinblick auf die Aktivitäten der *außerparlamentarischen Opposition* erhalten zwei grundsätzliche Feststellungen *Erlers* besonderes Gewicht:

„Die Pressefreiheit ist Teil der Freiheit, die es zu schützen gilt. Die öffentliche Meinung erfüllt mit wachsender Kritik eine wichtige Aufgabe. Diese Kritik ist kein Monopol der parlamentarischen Opposition. Die Reife demokratischer Gesittung zeigt sich in der Art des Umgangs mit Außenseitern und Minderheiten.“

Wenn wir — unter Einbeziehung ganz aktueller Erfahrungen — mit diesen Maßstäben die „demokratische Gesittung“ in unserem Lande messen, dann haben wir wohl keinen Grund zur Zufriedenheit.

Auch zu speziellen Jugendfragen hat sich Fritz Erler häufig geäußert. So stellte er bereits im Frühjahr 1965 auf einem öffentlichen Jugendkongreß seiner Partei fest: „Was an Schwierigkeiten auch in und mit unserer jungen Generation unbestreitbar vorhanden ist, das zeugt von Mängeln der Gesellschaft, nicht von Charakterfehlern der Jugend.“ Es wäre zu begrüßen, wenn alle führenden Politiker, auch die der SPD, mit dieser Grundhaltung Gespräche mit kritischen und opponierenden Jugendlichen führen würden.

Ganz kurz sei noch eine andere Frage, die in der aktuellen politischen Auseinandersetzung von großer Bedeutung ist, angesprochen, die Bildung der *Großen Koalition*. Für viele führende SPD-Politiker ist es schon fast zu einem Ritual geworden, immer wieder darauf hinzuweisen, daß im November 1966 auch *Fritz Erler* empfohlen habe, dieses Regierungsbündnis einzugehen. Eine solche Aussage muß zumindest heute zweifach relativiert werden. Einerseits war die Entscheidung für die Große Koalition ja nicht deshalb zwangsläufig richtig, weil auch Fritz Erler dafür war; andererseits weiß niemand, ob er nach fast zweijähriger praktischer Erfahrung mit dieser Koalition und bei einem Blick auf die innere Verfassung der SPD die damals vertretene Meinung auch heute noch für richtig halten würde. Wer Erlers Meinungen in dieser Sache wiedergibt, sollte außerdem berücksichtigen, daß er sich relativ häufig zum Sinn von Koalitionsbündnissen geäußert hat. Als im September 1949 erstmalig über die Bildung einer Großen Koalition diskutiert wurde, stellte er z. B. unmißverständlich fest:

„Sind alle großen Parteien an der Regierung beteiligt, dann gibt es weder echte Verantwortung noch echte Kontrolle. Darunter leiden viele politische Entscheidungen.... Dann müssen sich die Mißvergnügten in einem antidemokratischen Lager sammeln... . Bei demokratischer Regierung und demokratischer Opposition dagegen sammeln sich auch die Unzufriedenen unter einer demokratischen Fahne, bedeutet ein späterer Kurswechsel also keine Abkehr von der Demokratie, sondern nur einen Wechsel der Politik zwischen zwei demokratischen Parteien. Schon aus diesem Grunde sollte die politische Opposition von einer starken demokratischen Partei getragen werden.“

## VI

Erler und Eppler sind sich der „Spannungsfelder“ bewußt, die ihre Lage als Berufspolitiker und Parlamentarier problematisch machen. Eppler betont, daß er sich deshalb den idealen Politiker nicht vorstellen könne. Dazu seien die berechtigt an ihn gestellten Anforderungen zu vielfältig und vor allem zu widerspruchsvoll.

„Er soll hochintelligent sein und den Einfältigen ansprechen, Fingerspitzengefühl und Ellbogen haben, groß sein im Differenzieren wie im Vereinfachen, hart sein und human, ein Gespür für Macht haben und Heinrich Böll verstehen, bienenfleißig Akten studieren und Muße zum Nachdenken haben; Details kennen und sofort das Wesentliche sehen, nicht an der Oberfläche haften und doch rasch entscheiden, hart sein im Nehmen und charmant im Geben, eine Neigung zur großen Schau haben und aller Eitelkeit abhold sein. Man versuche, sich ein solches Bild auszumalen. Sollte es gelingen, so nur im Stile edlen Kitsches.“

Ich halte es für notwendig — und damit komme ich auf meinen Ausgangsgedanken zurück —, daß wir uns in diese Lage der Politiker und ihre „institutionellen“ Schwierigkeiten hineinversetzen, wenn wir sie und ihre Handlungen berechtigt kritisieren. Dafür plädiere ich gar nicht so sehr aus Gründen besonderer Menschenfreundlichkeit. Wir sind uns das selbst schuldig, weil wir immer wieder verpflichtet sind, uns um möglichst objektive und abgewogene Urteile zu bemühen.